

N i e d e r s c h r i f t

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr der
Stadt Monheim am Rhein vom 23.04.2015
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum:	Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn:	18:03 Uhr
Ende:	22:30 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert	
Herr Ingo Elsner	Vertretung für Frau Monika Sikora
Herr Patrick Fuest	
Frau Carina Häusler	
Herr Torsten Kinzel	Vertretung für Frau Bianca Rosenstetter
Herr Holger Radenbach	Vertretung für Herr Tim Kögler
Herr Max Riedel	
Herr Lucas Risse	
Herr Marius Volgmann	
Herr Christian Weiffen	ab Tagesordnungspunkt ö 5

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Herr Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller	Vertretung für Herr Benjamin Kenzler
--------------------	--------------------------------------

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Kerstin Frey
Herr Martin Frömmer
Herr Manfred Hein
Frau Ella Lebzak
Herr Michael Lobe
Herr Florian Sandner
Herr Robert Ullrich
Herr Thomas Waters

Schriftführer

Herr Wolfgang Mansen

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Tim Kögler

Frau Bianca Rosenstetter

Frau Monika Sikora

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Benjamin Kenzler

von der Verwaltung

Herr Henning Rothstein

Herr Oliver Wiesner

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - IX/0325
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Neubau einer Rampe vom Berliner Ring, "Bypass" IX/0283
6. Umgestaltung Knipprather Straße / Baumberger Chaussee, Kreisverkehrsplatz IX/0284
7. Baubeschluss zur Umgestaltung der Hauptstraße von Ausbauende Kreisverkehr Berghausener Straße/Monheimer Straße bis einschl. Knotenpunkt Hauptstraße/ Kreuzstraße IX/0315
8. Auslaufen der Nutzung eines Teils des Waldfriedhofes in Monheim am Rhein IX/0305
9. Einführung und Umsetzung des Grünflächenpflegekonzeptes IX/0323
10. Verkehrsuntersuchung Monheim-Süd - Ergebnisse für die weiteren Bauleitplanverfahren IX/0250

- | | | |
|-------|--|---------|
| 11. | Bebauungsplan Nr. 106 M "östlich Heide" - Wiederaufnahme des Bauleitplanverfahrens - Änderung Geltungsbereich - Beschluss frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit | IX/0307 |
| 12. | Bebauungsplan Nr. 59 M "nordwestlich Alfred-Nobel-Straße" - Wiederaufnahme des Bauleitplanverfahrens - Änderung Geltungsbereich - Beschluss frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit | IX/0308 |
| 13. | Bebauungsplan Nr. 142M "Kita Kurt-Schumacher-Straße" - Aufstellungsbeschluss - Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit | IX/0319 |
| 14. | Folgerungen aus der Kindergartenbedarfsplanung | IX/0320 |
| 15. | Bebauungsplan Nr. 136 M "Stadteingang" - Beschluss Verfahren nach § 13a BauGB - Beschluss öffentliche Auslegung | IX/0310 |
| 16. | 55. Änderung FNP "Creative Campus Monheim" - Aufstellungsbeschluss - Beschluss öffentliche Auslegung | IX/0306 |
| 17. | Vorkaufsrechtsatzung "zentraler Versorgungsbereich Innenstadt" im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 141 M "zentraler Versorgungsbereich Innenstadt" | IX/0269 |
| 18. | Antrag der SPD zur Verkehrssituation auf der Schwalbenstraße / Lerchenweg - Stellungnahme der Verwaltung | IX/0321 |
| 19. | Mündliche Mitteilungen | |
| 19.1. | Neuer Investor Bebauung Klappertorstraße | |
| 20. | Mündliche Anfragen | |
| 20.1. | Anfrage von Ratsherr Nagy -CDU- Errichtung eines Spielplatzes auf der Lindenstraße | |
| 20.2. | Anfrage von Ratsherr Gronauer -CDU- Neuer Investor Klappertorstraße | |

SITZUNGSERGEBNIS:

Öffentliche Sitzung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Eggert, eröffnet in Vertretung des entschuldigt abwesenden Vorsitzenden die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Der Vertreter der SPD-Fraktion schlägt vor, zukünftig bei nicht einstimmigen Beschlüssen das Abstimmungsverhalten in das Protokoll aufzunehmen.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt ergänzend hierzu vor, zukünftig die Enthaltungen im Protokoll zu benennen.

Hiergegen bestehen keine Bedenken im Ausschuss.

3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung - öffentlicher Teil- Vorlage: IX/0325

Zur Kenntnis genommen

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Sprickmann fragt, ob hinsichtlich der wegfallenden Parkplätze durch den Bau der KITA Kurt Schumacher Straße nicht eine Verlagerung des Baukörpers in Richtung Oranienburger Straße besser wäre. Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass man die Planung mit der Geschäftsführung des Allwetterbades abgestimmt habe und bei Neubau der KITA zusätzliche Parkplätze geschaffen werden.

Herr Lambertz hat folgende Fragen:

Anlässlich eines Zeitungsartikels bitte er um Mitteilung, ob die Bebauung Stadt-
eingang, Krischerstraße kritisch zu betrachten sei.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet hierzu, dass die Verwaltung keine Hinderungsgründe hinsichtlich der geplanten Bebauung sehe, da alles im Rahmen des Bebauungsplanes abgeprüft wurde.

Bezüglich der Menk-Bebauung stelle er die Frage, ob eine Straße Richtung Süden zur Oranienburger Straße durchgezogen werde, oder nur das Wohngebiet erschlossen werde.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass keine Straße zum Heizwerk geplant sei. Es handele sich um eine Stichstraße zum Wohngebiet.

Bei der KITA Oranienburger Straße sind Herrn Lambertz Dacharbeiten in der vergangenen Woche aufgefallen. Da es sich um ein recht neues Objekt handele, bitte er die Frage zu beantworten, ob es sich um einen Baumangel oder einen Schaden handele und der Verursacher ermittelt sei.

Der Vertreter der Verwaltung erklärt, dass es sich hier um einen Mangel handele zu dem aktuell ein Rechtsstreit anhängig sei. Aus Sicht der Verwaltung sei der Verursacher des Mangels ermittelt.

Die letzte Frage beziehe sich auf die Pflege der Grünflächen. Insbesondere das Mähen des Straßenbegleitgrüns erfordere seines Erachtens einen stärkeren Personaleinsatz, da die Maschinen den dortigen Unrat häckselten.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass die Problematik verstärkt im Bereich der Pflege der Landstraßen vorkomme. Vor dem Hintergrund einer möglichen Übernahme dieser Straßen durch die Stadt werde die personelle Ausstattung zu überdenken sein.

Die Fragen sind damit für Herrn Lambertz beantwortet.

Herr Siemer fragt ergänzend, ob Verkehr über einen Bypass von der Opladener Straße in das Musikantenviertel geführt werden solle.

Der Vertreter der Verwaltung verweist auf eine im Verlauf der Sitzung zu behandelnde Vorlage zum Thema der er nicht vorgreifen wolle.

Herr Green fragt, ob der ehemals geplante Badestrand am Krämersee noch zur Diskussion stehe.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass der Badestrand auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung stehe. Die Maßnahme könne nicht realisiert werden.

5 Neubau einer Rampe vom Berliner Ring, "Bypass"
Vorlage: IX/0283

Herr Denzer vom Büro Stadtverkehr erläutert eingehend die geplante Maßnahme.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe hinsichtlich der Taillierung des ehemaligen Radweges Bedenken. Die Rampe sei bei 6 % nicht vollständig barrierefrei.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert dies ebenfalls geprüft zu haben, eine Barrierefreiheit im engen Sinne jedoch nicht akzeptabel umzusetzen gewesen sei. Der Radverkehr im Bereich der Taillierung sei aus Sicht der Verwaltung unproblematisch, da die Verringerung nur ein kurzes Stück betreffe dafür jedoch eine Querungshilfe angelegt werden könne.

Der Vertreter der CDU-Fraktion erläutert, dass seine Fraktion der Maßnahme kritisch gegenüberstehe da kein Bedarf bestehe und die Vorlage somit ablehne.

Die Vertreterin der PETO-Fraktion erläutert, dass hier dem Wunsch von Anwohnern und Kunden folgend die Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Der Vertreter der SPD-Fraktion erläutert, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde, da die Vorteile der Maßnahme überwiegen. Er fragt die Verwaltung, ob gesichert sei, dass keine Anlieferung über die Rampe erfolge. Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass größere Fahrzeuge über 3,5 Tonnen über die Heinestraße anliefern werden.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorgelegten Planung die Umsetzung der Baumaßnahme „Bypass Heinestraße“ zu realisieren.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: PETO, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

dagegen: CDU

6 Umgestaltung Knipprather Straße / Baumberger Chaussee, Kreisverkehr-
platz
Vorlage: IX/0284

Herr Siebenmorgen vom Büro MWM erläutert zunächst die geplante Maßnahme.

Der Vertreter der PETO-Fraktion bedankt sich für die anschauliche Präsentation. Die Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die Vorlage und fragt in dem Zusammenhang nach dem derzeitigen Stand hinsichtlich Radschnellweg. Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass derzeit eine Machbarkeitsstudie erarbeitet wird und die Verwaltung davon ausgeht, dass der Radschnellweg kommt. Der Vertreter der SPD-Fraktion hält den Kreisverkehr und die Begrenzung der Geschwindigkeit auf 50 km/h für erforderlich und schlägt zusätzlich vor, für einen begrenzten Zeitraum eine Bedarfsfußgängerampel zu errichten, um hier mehr Sicherheit für ältere Menschen zu schaffen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion befürwortet die Maßnahme, wenngleich die Senkung der Geschwindigkeit nicht auf die volle Zustimmung stoße. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu. Der Bürgermeister ergänzt, dass auf dieser Strecke bis in die 80 er Jahre eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h galt.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der vorgelegten Planung die Maßnahme „Kreisverkehrsplatz Baumberger Chaussee / Knipprather Straße“ baulich umzusetzen.

einstimmig zugestimmt

7 Baubeschluss zur Umgestaltung der Hauptstraße von Ausbauende Kreisverkehr Berghausener Straße/Monheimer Straße bis einschl. Knotenpunkt Hauptstraße/ Kreuzstraße Vorlage: IX/0315

Herr Siebenmorgen, Büro MWM, erläutert die aktuelle Planung.

Der Vertreter der PETO-Fraktion lobt die enge Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft und die angestrebte Barrierefreiheit. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu. Der Vertreter der CDU-Fraktion dankt für die gute Beteiligung der Bürgerschaft. Optimierungsmöglichkeiten sehe er bei den vorgestellten Laternen. Bei der Einmündung an der Raiffeisenbank regt er an, den südlichen Bordstein in nördliche Richtung zu verlegen, um die Einbahnregelung besser zu verdeutlichen.

Herr Siebenmorgen erläutert hinsichtlich der Anregung, dass eine weitere Verengung wegen der für den ÖPNV erforderlichen Schleppkurve voraussichtlich nicht möglich sein wird.

Der Vertreter der SPD-Fraktion bewertet die vorgenommene Bürgerbeteiligung sehr positiv und hält die Planung im Ergebnis für die bestmögliche Lösung. Hinsichtlich der Asphaltbeschichtung fragt der Vertreter der SPD-Fraktion was passiert, wenn im Zuge von Tiefbauarbeiten die Beschichtung nach Öffnung wieder geschlossen werde. Herr Siebenmorgen verdeutlicht, dass es sich bei der Beschichtung um handelsübliche Sackware handle, die nachträglich aufgetragen werden könne. Es böte sich an, den ausführenden Tiefbauunternehmen hier Auflagen hinsichtlich der Ausführung zu machen.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorgelegten Planung des Planungsbüro MWM die bauliche Umgestaltung der Hauptstraße zwischen Kreisverkehr Berghausener Straße/Monheimer Straße und der Kreuzstraße zu realisieren.

einstimmig zugestimmt

8 Auslaufen der Nutzung eines Teils des Waldfriedhofes in Monheim am Rhein Vorlage: IX/0305

Der Vertreter der Verwaltung erläutert einleitend die Vorlage.

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt, ob man im auslaufenden Teil des Friedhofes einen Friedwald ausführen könne und ob es möglich sei, auf dem städtischen Baumberger Friedhof Kolumbarien zu errichten.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die Prüfung der vorstehenden Fragen.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass die Verwaltung ein breiteres Angebot für den Monheimer und den Baumberger Friedhof prüfen werde.

Der Vertreter der CDU-Fraktion bittet um Klärung, ob Umbettungen seitens der Verwaltung geplant seien. Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass mit Umbettungen nur in seltenen Fällen auf Wunsch Hinterbliebener zu rechnen sei.

Beschlussempfehlung

Auf dem in der Anlage 1 umrandete Teil des Waldfriedhofes der Stadt Monheim am Rhein werden zukünftig keine neuen Bestattungen mehr vorgenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Beschluss ortsüblich bekannt zu machen und alles Notwendige zur Umsetzung des Beschlusses zu veranlassen. Die Kosten für gegebenenfalls notwendige Umbettungen trägt die Stadt Monheim am Rhein. Die Anlage 1 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

9

Einführung und Umsetzung des Grünflächenpflegekonzeptes

Vorlage: IX/0323

Der Vorsitzende berichtet, dass Frau Haacken vom Ingenieurbüro Haacken nicht an der Sitzung teilnehmen könne, um das Grünflächenpflegekonzept vorzustellen. Die Verwaltung schlägt daher die Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die kommende Ausschusssitzung und im Vorfeld eine Informationsveranstaltung zum Thema vor.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die Verwaltung in den kommenden Tagen auf die Mitglieder des Ausschusses zuzukommen beabsichtige, um einen Termin für eine solche Veranstaltung abzustimmen. Gegen diese Vorgehensweise machen die Mitglieder des Ausschusses keine Bedenken geltend.

Beschlussempfehlung

Das durch das beiliegende Gutachten festgestellte Pflegedefizit soll grundhaft behoben werden.

Die Verwaltung wird beauftragt

- 1) schrittweise die Personalbesetzung der SBM-Grünabteilung bis 2017 unter Berücksichtigung der vorhandenen und erkennbaren zukünftigen Pflegeflächen um insgesamt 6 Vollzeitstellen für Gärtner aufzustocken. Der Stellenplan 2015 wird hierzu um eine Stelle nach EG 6 TVÖD erweitert.
- 2) die Vergabe von Grünflächenpflegeleistungen im Wert von rd. 200 T € jährlich an externe Unternehmen vorzunehmen.
- 3) Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, durch organisatorische und bauliche Maßnahmen an Grünflächen den Pflegeaufwand um vorerst 2.800 h (entspricht ca. 2 Vollzeitstellen) zu minimieren.

vertagt

10

Verkehrsuntersuchung Monheim-Süd - Ergebnisse für die weiteren Bauleitplanverfahren

Vorlage: IX/0250

Herr Stein, Ingenieurbüro VIA, erläutert eingehend die vorliegende Planung. Der Vertreter der PETO-Fraktion hält die Entlastung der Opladener Straße für erforderlich. Man bevorzuge nach Abwägung der Vor- und Nachteile die in der Vorlage unter Ziffer 2 geplante Variante.

Der Vertreter der CDU-Fraktion stimmt der Nord-Süd Spange zu. Seine Fraktion schlage vor, dies getrennt von dem Anschluss an das Menk-Gelände zu beraten und diesbezüglich eine neue Vorlage zu erarbeiten.

Der Bürgermeister erläutert die Ergebnisse der frühzeitigen Bürgerbeteiligung die in die vorliegende Vorlage eingeflossen sind. Eine separate Anbindung des Wohngebietes auf dem Menk-Gelände mache keinen Sinn.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Nord-Süd Spange zustimmen, da die Hoffnung bestehe, dass die Opladener Straße hierdurch entlastet werde.

Der Vertreter der SPD-Fraktion erinnert an die Bürgerbeteiligung. Die Erschließung von Wohn- und Gewerbegebiet Menk-Gelände könne zusammengefasst werden. Hinsichtlich der Nord-Süd Spange stehe ein gewisser Nutzen einer ähnlich hohen Mehrbelastung der Kurt-Schumacher-Straße entgegen. Die SPD-Fraktion lehne die Nord-Süd Spange daher ab.

Der Vertreter der CDU-Fraktion bemängelt, dass die in der Vorlage genannte Anlage, Verkehrsuntersuchung, nicht der Sitzungseinladung beigelegt wurde, wenngleich im Ratsinformationssystem hinterlegt. Die Variante 2 sei für die CDU-Fraktion gangbar.

Der Bürgermeister erinnert an eine der letzten Sitzungen bei der zu viel versandt worden sei. Hier müsse man ggf. eine Lösung finden. Zukünftig, voraussichtlich ab dem Jahr 2016, solle komplett auf Papiaausdrucke für die Sitzungen verzichtet werden. Die Unterlagen erfolgen dann mittels elektronischen Abrufs.

Der Vorsitzende fasst zum Tagesordnungspunkt die Diskussion zusammen und lässt hierüber abstimmen.

Beschlussempfehlung

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt auf Basis der Ergebnisse des Verkehrsgutachtens die weiteren Bebauungsplanverfahren 106 M „östlich Heide“ und 59 M „nordwestlich Alfred-Nobel-Straße“ zur Nord-Süd-Spange und zum Bebauungsplan 126 M „Menk-Gelände“ fortzuführen.
- 2. Die Erschließung der geplanten Bebauung auf dem „Menk-Gelände“ erfolgt durch Anbindung an den Knotenpunkt Opladener Str./Baumberger Chaussee.
- 3. Das Musikantenviertel erhält eine zusätzliche Erschließung über den Knotenpunkt Opladener Str./Baumberger Chaussee.

Zu 1: mehrheitlich zugestimmt

dafür: PETO, CDU, Bündnis 90/Die Grünen

dagegen: SPD

Zu 2: einstimmig zugestimmt

Zu 3: einstimmig abgelehnt

11

Bebauungsplan Nr. 106 M "östlich Heide" - Wiederaufnahme des Bauleitplanverfahrens - Änderung Geltungsbereich - Beschluss frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Vorlage: IX/0307

Der Vertreter der Verwaltung erläutert eingehend die Vorlage und zwei Varianten für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit.

Der Vertreter der CDU-Fraktion begrüßt die Wiederaufnahme des Bauleitplanverfahrens.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bevorzugt die Variante 2 als die städtebaulich bessere Lösung.

Der Vertreter der SPD-Fraktion bevorzugt ebenfalls Variante 2.

Der Vertreter der PETO-Fraktion schließt sich den Vorrednern an.

Beschlussempfehlung

- Das Bauleitplanverfahren zum Bebauungsplan 106 M „östlich Heide“ wird wieder aufgenommen. Das Verfahren wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Ziel des Bebauungsplanes ist die Schaffung neuer Wohnbauflächen westlich des Allwetterbades Mona Mare. Gleichzeitig soll die planungsrechtliche Grundlage für die Südanbindung des Berliner Viertels an die Alfred-Nobel-Straße, die Nord-Süd-Spange, geschaffen werden. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes 106 M ergibt sich aus dem als Anlage 01 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
- Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes 106 M „östlich Heide“ wird angepasst.
- Auf Grundlage des vorgestellten Planentwurfes wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB beschlossen.

einstimmig zugestimmt

12

Bebauungsplan Nr. 59 M "nordwestlich Alfred-Nobel-Straße" - Wiederaufnahme des Bauleitplanverfahrens - Änderung Geltungsbereich - Beschluss frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Vorlage: IX/0308

Der Vertreter der Verwaltung berichtet einleitend. Die Planung sei mit dem Haupteigentümer des Grundstückes abgestimmt.

Beschlussempfehlung

- Das Bauleitplanverfahren zum Bebauungsplan 59 M „nordwestlich Alfred-Nobel-Straße“ wird wieder aufgenommen. Das Verfahren wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Ziel des Bebauungsplanes ist die Entwicklung eines Gewerbegebietes nördlich der Alfred-Nobel-Straße. Gleichzeitig soll die planungsrechtliche Grundlage für die Südanbindung des Berliner Viertels an die Alfred-Nobel-Straße, die Nord-Süd-Spange, geschaffen werden. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 59 M ergibt sich aus dem als Anlage 01 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
- Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes 59 M „nordwestlich Alfred-Nobel-Straße“ wird erweitert.
- Auf Grundlage des vorgestellten Planentwurfes wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB beschlossen.

einstimmig zugestimmt

Bebauungsplan Nr. 142M "Kita Kurt-Schumacher-Straße" - Aufstellungsbeschluss - Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
Vorlage: IX/0319

Herr Nagy macht Ausschließungsgründe geltend, begibt sich in den Zuhörerraum und nimmt nicht an der Beratung und Entscheidung teil.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert eingehend die Vorlage.

Der Vertreter der PETO-Fraktion dankt der Verwaltung für die zügige Erstellung der Vorlage. Seine Fraktion werde der Errichtung einer Kita und der Wohnbebauung unter dem Aspekt der weiteren innerstädtischen Verdichtung zustimmen, auch wenn hier eine Waldfläche weg falle.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit dem Kindergartenbau einverstanden, seine Fraktion sei jedoch bezüglich des Wegfalls des restlichen Baumbestandes zur Errichtung der Wohnbebauung erstaunt, da man dachte, dass der Wald in diesem Bereich attraktiver gestaltet werden sollte.

Der Vertreter der SPD-Fraktion verweist auf die öffentliche Förderung des Wäldchens in den 70er Jahren. Es handele sich nach Ablauf der Zweckbindung der Förderung nicht um eine Baulücke, sondern um eine ökologisch wichtige Fläche. Seine Fraktion werde nur einer unbedingt nötigen Fläche für die Kita zustimmen, keiner weiteren Bebauung. Er rufe in diesem Zusammenhang zu einer Aktion „Rettet das Wäldchen“ auf. Da die Kita in der Vorlage nur ein Vehikel darstelle, es in der Hauptsache um die Beseitigung des Wäldchens gehe, werde seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion sieht einen Bedarf für eine Kita an der dortigen Stelle. In die Bürgerbeteiligung solle eine dritte Variante einfließen, die Kita mit Wäldchen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass auf der Fläche des Wäldchens eine Leitungstrasse verlaufe, die von Bewuchs und Bebauung freizuhalten sei. Hieran solle die Kita angrenzen. Das Wäldchen sei durch die bestehende Bebauung eher als Fehlplanung zu betrachten, da es sich um städtischen Innenbereich handelt. Es bestehe weder ein ökologischer noch ein Naherholungswert.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt vor, den Kindergarten um 90 Grad zu drehen und am Kreisverkehr zu errichten, um weniger Bäume abzuholzen.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet diesbezüglich, dass eine Eingangssituation eines Kindergartens am Kreisverkehr aus Sicherheitsgründen nicht günstig sei und die Planung in Abstimmung mit der Geschäftsführung des Mona Mare hinsichtlich des Parkraumes erfolgt sei.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt den Geltungsbereich des Bebauungsplanes zu verkleinern auf den Bereich des Kindergartengeländes. Nach Ende der Diskussion lässt der Vorsitzende hierüber abstimmen. Für den Antrag stimmen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU, dagegen stimmt PETO. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Danach lässt der Vorsitzende über den Antrag der CDU-Fraktion, Kindergarten ja aber keine Wohnbebauung abstimmen. Dafür stimmen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, dagegen stimmt PETO.

Danach lässt der Vorsitzende über die Beschlussempfehlung der Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung

- Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 142M „Kita Kurt-Schumacher-Straße“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel des Bebauungsplanes ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Neubau einer Kindertagesstätte und ergänzender Wohnbebauung im Innenbereich zu schaffen. Der räumliche Geltungsbereich des

Bebauungsplanes Nr. 142M ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.

- Der Bebauungsplan Nr. 142M „Kita Kurt-Schumacher-Straße“ wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Von einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird abgesehen.
- Auf Grundlage des vorgestellten Planungsentwurfes wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: PETO

dagegen: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

14

Folgerungen aus der Kindergartenbedarfsplanung

Vorlage: IX/0320

Herr Nagy macht Ausschlussgründe geltend, verbleibt im Zuhörerraum und nimmt nicht an Beratung und Abstimmung des Tagesordnungspunktes teil.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert einleitend die Vorlage.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die Kita auch aus optischer Sicht, hält den Baukörper jedoch aus energetischen Gründen für nicht optimal.

Die Verwaltung nimmt den Vorschlag in die Planung auf.

Der Vertreter der CDU-Fraktion bewertet die vorgelegte Kita positiv. Die Fraktion stimme der Vorlage zu.

Der Vertreter der SPD-Fraktion bittet die Verwaltung die Planung im Ideenkonzept um den energetischen Aspekt zu ergänzen, dann stimme er der Vorlage zu.

Beschlussempfehlung

1. Im Berliner Viertel soll auf dem Grundstück an der Kurt-Schumacher-Straße neben dem Allwetterbad (Flurstücke 1949 / 1952) der Neubau einer Kindertagesstätte errichtet werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des vorgelegten Ideenkonzeptes die Entwurfsplanung zu erstellen und den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.
3. Der Budgetrahmen für die Maßnahme wird auf 3.300.000,- € festgelegt. Die Mittelbereitstellung erfolgt im Rahmen eines Nachtrags zum Haushalt 2015.
4. Die Verwaltung wird beauftragt die Trägerschaft der neuen Kindertagesstätte an der Kurt-Schumacher-Straße zu prüfen und einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.
5. Im Nachtragshaushalt wird der strukturellen Veränderungen in der Abteilung (51/3) – Kindertagesstätten und Kindertagespflege – Rechnung getragen und eine Stelle für eine Abteilungsleitung berücksichtigt.

einstimmig zugestimmt

**15 Bebauungsplan Nr. 136 M "Stadteingang" - Beschluss Verfahren nach § 13a BauGB - Beschluss öffentliche Auslegung
Vorlage: IX/0310**

Herr Roth, Firma ISR, präsentiert die aktuelle Planung.

Der Vertreter der CDU-Fraktion bewertet die Vorlage positiv, man werde dieser zustimmen.

Entsprechend äußern sich auch die Vertreter der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der PETO-Fraktion.

Beschlussempfehlung

- Der Bebauungsplan Nr. 136 M „Stadteingang“ wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Von einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird abgesehen. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 136 M „Stadteingang“ ergibt sich aus dem als Anlage 01 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
- Der Bebauungsplanentwurf Nr. 136 M „Stadteingang“ wird gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich ausgelegt.

einstimmig zugestimmt

**16 55. Änderung FNP "Creative Campus Monheim" - Aufstellungsbeschluss - Beschluss öffentliche Auslegung
Vorlage: IX/0306**

Die Vertreterin der Verwaltung erläutert einleitend die Vorlage.

Beschlussempfehlung

- Die Aufstellung der 55. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) „Creative Campus Monheim“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel der Änderung ist die Neuordnung und Weiterentwicklung der Flächen zu einem Standort für Forschung und Entwicklung. Der räumliche Geltungsbereich der 55. Änd. des FNP ergibt sich aus dem als Anlage 01 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
- Der Entwurf der 55. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) „Creative Campus Monheim“ wird gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich ausgelegt.

einstimmig zugestimmt

**17 Vorkaufsrechtsatzung "zentraler Versorgungsbereich Innenstadt" im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 141 M "zentraler Versorgungsbereich Innenstadt"
Vorlage: IX/0269**

Der Vertreter stellt einleitend die Vorlage vor.

Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt, ob es nicht sinnvoll sei, die Vorkaufsrecht-

satzung auf das Gebiet der jetzigen Firma Aesica auf der Mittelstr. zu erweitern. Der Vertreter der Verwaltung äußert rechtliche Bedenken über den Bereich des vorliegenden Bebauungsplanes eine Ausweitung vorzunehmen. Sollte sich hier eine anderweitige Rechtsauffassung ergeben halte es sich um einen interessanten Vorschlag, den man durchaus aufnehmen könne.

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt, ob im Falle der Ausübung des Vorkaufsrechts ein politischer Beschluss herbeizuführen sei oder die Verwaltung ohne weiteren politischen Beschluss handelt.

Der Bürgermeister antwortet, dass nach der Zuständigkeitsordnung Geschäfte bis € 100.000,- selbständig durch die Verwaltung entschieden werden. Übersteigende Beträge würden im Haupt- und Finanzausschuss behandelt.

Beschlussempfehlung

- Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für die im Geltungsbereich befindlichen Grundstücke wird die als Anlage beigefügte Satzung zur Ausübung eines besonderen gemeindlichen Vorkaufsrechts gemäß § 25 (1) Ziffer 2 BauGB beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil dieses Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

18 Antrag der SPD zur Verkehrssituation auf der Schwalbenstraße / Lerchenweg - Stellungnahme der Verwaltung Vorlage: IX/0321

Der Vertreter der SPD- Fraktion lobt die Stellungnahme der Verwaltung. Eigene Beobachtungen rund 20 Minuten vor Schulbeginn im Bereich der Ampel Opladener Straße/Schwalbenstraße hätten gezeigt, dass dieser Bereich verstärkt von Radfahrern frequentiert werde, die dann den linken Fußweg auf der Schwalbenstraße nutzten. Dies führe zu diversen Problemen, weshalb er eine weitere Ampel auf der Opladener Straße für notwendig halte.

Zur Kenntnis genommen

19 Mündliche Mitteilungen

19.1 Neuer Investor Bebauung Klappertorstraße

Der Vertreter der Verwaltung berichtet, dass es hinsichtlich des vor ungefähr 2 Jahren beschlossenen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes auf der Klappertorstraße eine Änderung gebe. Hier gebe es einen neuen Investor der das bisherige Konzept übernehmen werde.

20 Mündliche Anfragen

20.1 Anfrage von Ratsherr Nagy -CDU- Errichtung eines Spielplatzes auf der Lindenstraße

Ratsherr Nagy berichtet über einen Anruf eines Redakteurs der Rheinischen Post bei ihm bezüglich eines Spielplatzes auf der Lindenstraße. Hierzu gebe es auch einen Zeitungsartikel mit Bild. Es handele sich um eine rund 10 m² große betonierte Fläche mit einem Spielangebot für Kinder. Er fragt die Verwaltung, ob es hier die Möglichkeit gäbe, ein Beratungsangebot zu machen, wie man qualitativ hochwertiger und kreativer Spielflächen für Kinder gestalten könne.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass im konkreten Fall eine Genehmigung erteilt worden sei, die nicht mit der Spielplatzsatzung konform gegangen sei. Aus dem Genehmigungsvorgang sei nicht zu entnehmen warum dies so genehmigt wurde. Fest stehe, dass die Genehmigung nicht der Spielplatzsatzung entspreche. Für die Zukunft werde die Spielplatzsatzung durch die Bauaufsicht sehr strikt durchgesetzt.

Ratsherr Risse fragt in diesem Zusammenhang, ob der Spielplatz nicht im Benehmen mit dem Eigentümer in Gänze wegfallen könne. Der Bürgermeister antwortet, dass dies im Nachhinein nicht geheilt werden sollte. Es werde überlegt, ob die Spielplatzsatzung zukünftig in qualitativer Hinsicht optimiert werden könne.

20.2 Anfrage von Ratsherr Gronauer -CDU- Neuer Investor Klappertorstraße

Ratsherr Gronauer fragt hinsichtlich der Mitteilung der Verwaltung zum neuen Investor Klappertorstraße, ob der Investor sich an das ehemalige Baurecht halte. Er bitte die Verwaltung zu klären, ob der Investor bereit wäre, die Planung im Ausschuss vorzustellen.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass das Baurecht eingehalten werde und man den Investor auf eine Vorstellung des Projektes im Ausschuss anspreche.

Andy Eggert
stv. Ausschussvorsitzende/r

Wolfgang Mansen
Schriftführer